

Der Pfusch, den die Landesregierung „Bildungspolitik“ nennt, wird täglich unerträglicher:

...an den Hauptschulen sollen 300 schlecht bezahlte „pädagogische Assistenten“ Fördermaßnahmen für 150.000 Schülern leisten

...an den Berufsschulen fehlen laut Industrie- und Handelskammer 700 Stellen, es fallen dort 10 Prozent aller Stunden aus, vor allem in technischen Fächern

...im Werkgymnasium Heidenheim fällt Biologie in zwei Klassen ganz aus. In Laichingen erhielten Gymnasiasten aus dem selben Grund keine Noten in diesem Fach. Allein an den Gymnasien schiebt das Ministerium einen Berg von 10.000 Überstunden (400 Stellen) vor sich her

...im Sommer 2007 wurden über 3.500 gut ausgebildete Referendare nicht übernommen. Viele sind abgewandert - jetzt fehlen überall Lehrkräfte

...die Landesregierung hat 2007 fast drei Milliarden Steuern mehr eingenommen. Aber sie verweigert ein kostenloses Mittagessen in Ganztagschulen: 170.000 SchülerInnen aus armen Familien in Baden-Württemberg werden ausgegrenzt

...im achtjährigen Gymnasium (G8) werden SchülerInnen bei 37 Wochenstunden völlig überfordert, Eltern in Nachhilfelehrer verwandelt und den Kindern jegliche selbst bestimmte Freizeit geraubt. Das G8 verhindert endgültig die Durchlässigkeit „nach oben“

...Minister Rau feiert als großartigen Erfolg, dass der Ausfall von 2,3 Mio. Stunden um 0,1 Prozent zurückgegangen ist. Die Elternkritik daran bezeichnet er als „überzogene Wahrnehmung“ statt die Lehrerreserve aufzustocken.

www.die-linke-bw.de DIE LINKE. im Internet:
und www.die-linke.de

Wenn Sie etwas bewegen und verändern wollen, wenn Sie für eine soziale und gerechte Bildungspolitik sind, dann kommen Sie in DIE LINKE.

DIE LINKE. ist mit 53 Abgeordneten im Deutschen Bundestag vertreten - davon kommen drei aus Baden-Württemberg. Im Südwesten haben wir 35 Kreisverbände und sind mit zahlreichen Regionalbüros als Anlaufstelle vor Ort präsent. In immer mehr Gemeinden haben wir aktive KommunalpolitikerInnen und lebendige Ortsgruppen...**Schauen Sie doch mal bei uns vorbei!**

Und so erreichen Sie uns...

DIE LINKE.

LV Baden-Württemberg

Marienstraße 3A

70178 Stuttgart

Tel: 0711 / 24 10 45

Fax: 0711 / 24 10 46

Mail: info@die-linke-bw.de

Unter www.die-linke-bw.de finden Sie weitere Informationen und Kontakte zu den Kreisverbänden sowie die Adressen unserer Bundestags- und Europaabgeordneten sowie der Regionalbüros.

DIE LINKE.

BADEN-WÜRTTEMBERG

Herausgeber: Landesarbeitsgemeinschaft Bildungspolitik
V.i.S.d.P. Bernhard Strasdeit, Marienstr. 3A, 70178 Stuttgart
Satz und Layout: Gregor Mohlberg

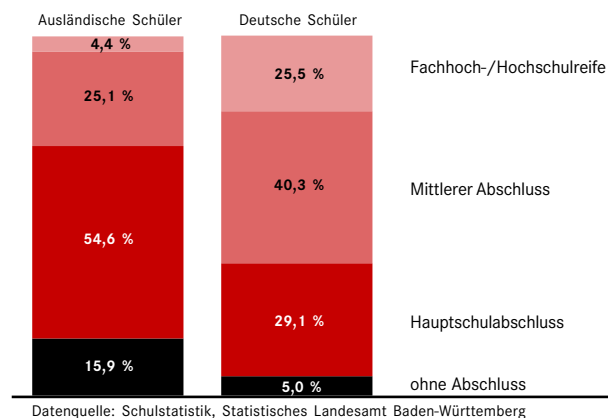
Für eine soziale und gerechte
Bildungsreform - Jetzt!

**Eine Schule für
Alle: Niemanden
zurücklassen!**



Soziale Auslese und Versagen in der Integrationspolitik!

Im „Kinderland“ ist die soziale Auslese besonders scharf. Für höchstens zwei Prozent hochbegabte Schüler werden Eliteklassen eingerichtet. Aber 20 Prozent aller Hauptschüler können nicht genügend lesen und rechnen. Im Jahr 2005 verließen 8.400 Schüler die Schule ohne Abschluss und sind damit ohne Lebensperspektive. Weil Förderunterricht drastisch gekürzt wurde, musste jeder dritte Jugendliche im Alter von 15 Jahren bereits ein Schuljahr wiederholen. 2006 gab es an beruflichen Schulen 4.000 Wiederholer und 3.000 Durchfaller. In den Betrieben sind 21% der Beschäftigten ohne beruflichen Abschluss und werden schlecht bezahlt. Baden-Württemberg liegt in der Bildung unter dem Bundesdurchschnitt.



Besonders schlechte Chancen auf einen (guten) Bildungsabschluss haben Kinder von Migranten: Dreimal so viele Jugendliche mit Migrationshintergrund (15,9%) wie deutsche Schüler (5,5%) verlassen die Schule ohne Schulabschluss. Kein Wunder, dass 36% keinen beruflichen Abschluss erhalten, viermal so viele wie deutsche Jugendliche (8%). Während händeringend Facharbeiter gesucht werden, versagt die Landesregierung völlig in der Bildungs- und Integrationspolitik und gefährdet die Zukunft unseres Landes!

Länger gemeinsam lernen: Kein Schüler, keine Schülerin ohne Abschluss! Freie Schulwahl durch die Eltern!

Überall in Deutschland wird ein längeres gemeinsames Lernen eingeführt. Die Linke tritt zusammen mit vielen Eltern und LehrerInnen ein für „Eine Schule für alle“. Kein Kind ist überflüssig, jedes Kind muss nach seinen individuellen Fähigkeiten gefördert werden und den solidarischen Umgang mit anderen lernen, auch mit Behinderten. Chancengleichheit für alle ist keine Gleichmacherei – aber aussortieren mit 10 Jahren die reinste Willkür!

Wir brauchen eine wohnortnahe Gemeinschaftsschule, als ersten Schritt bis zur 6. Klasse. Dann bis zur 10. Klasse mit dem Realschulabschluss als Regelabschluss, damit alle Schüler eine Chance auf eine Lehrstelle bekommen. Dadurch kann die drohende Schulschließung an vielen Orten verhindert werden.

Mit Minireförmchen und wirren Gedankenspielen über „Verbundschulen“ wollen CDU und FDP das vielgliedrige Schulsystem aufrechterhalten. Solange dieses noch besteht, muss die Grundschulempfehlung abgeschafft werden – die Eltern müssen selbst entscheiden!

Kinder aus Migrantenfamilien brauchen besondere Aufmerksamkeit und Fördermöglichkeiten, als ersten Schritt integrative Sprachprogramme vom Kindergarten durchgängig bis zum Abitur. Es ist ein Skandal, dass diese Kinder mit guten Chancen auf der Strecke bleiben.

Landesschulfonds einrichten! Gleiche Bildungschancen für alle!

Die Landesregierung höhlt die in der Landesverfassung verankerte Lernmittelfreiheit immer mehr aus. Bereits jetzt zahlen Eltern jährlich vier Milliarden für Nachhilfe, damit ihre Kinder mitkommen. Aber immer weniger können selbst das Schulessen in den Kantinen, die Fahrtkosten zur

Schule, fehlende Lernmittel oder ein Schullandheim zahlen. Denn die Armut wächst bei uns im Land. Kinder bis 14 Jahren aus ALG-Haushalten haben monatlich 208 Euro, darin ist kein Cent für Bildung vorgesehen. Wie sollen sie von 1,08 Euro für das Mittagessen die Schulkantine (2,50 – 4,00 Euro) bezahlen? Viele Eltern melden ihre Kinder nicht mehr auf Ganztagschulen an, weil Zusatzangebote kostenpflichtig sind. Bildung einschließlich Schulessen und Schulfahrten muss das Land bezahlen, durch einen Landesschulfonds – damit alle gleiche Bildungschancen haben.



Kleinere Klassen jetzt! In die Bildung investieren, heißt in die Zukunft des Landes investieren.

In vielen Schulen sind die Klassen randvoll, häufig über 30 Kinder. Trotz engagierter Lehrer können benachteiligte Schüler nicht gefördert werden – kleine Klassen sind entscheidend für die individuelle Förderung von jedem Schüler und kosten langfristig weniger! Deshalb fordern nicht nur Eltern und Lehrer eine Bildungsreform. Die Industrie- und Handelskammer Stuttgart will auf 110 Mio. Euro Subventionen verzichten, damit endlich zusätzliche Lehrer eingestellt werden. Für sie ist Bildung einer der wichtigsten Standortfaktoren. Um die Unterrichtsqualität für alle zu verbessern und die enorme Arbeitsbelastung für die Lehrkräfte zu verringern, muss der Klassenteiler für alle Schularten sofort auf 25 gesenkt und müssen mehr Lehrkräfte eingestellt werden.

Unsere Kinder brauchen Zukunft!